

## Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	7. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2021/007)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 27.05.2021
Sitzungsort:	Stadthalle, Kulturquadrat Ahaus, Wüllener Straße 18, 48683 Ahaus
Beginn der Sitzung: 19:07 Uhr	Ende der Sitzung: 23:19 Uhr

## Anwesend:

### **Bürgermeisterin**

Voß, Karola

### **CDU**

Räckers, Michael, Dr.  
Benölken, Franz  
Blickmann, Michaela  
Blisniewski, Jörg  
Enning-Harmann, Frank  
Hackfort, Bernhard  
Hemsing, Klaus  
Holters, Bernd  
Kaiser, Alexander  
Kappelhoff, Heinrich Josef  
Lefering, Frank  
Rudde, Christian  
Terhaar, Johannes  
Terhalle, Josef  
Verweyen, Manfred  
Vöcking, Stefan  
Vortkamp, Thomas  
Wantia, Beatrix  
Wittenbrink, Johannes  
Woltering, Maria

### **SPD**

Dönnebrink, Andreas  
Ahler, Diana  
Herickhoff, Hermann Josef  
Lambers, Klaus

Schulte, Andrea

### **UWG**

Kersting, Hubert  
Heijnk, Annegret  
Ibing, Christoph  
Lange, Hanne  
Messelink, Gerrit  
Niestegge, Ludwig  
Schulte, Renate

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Eisele, Dietmar  
Eing, Christopher  
Löhring, Marion  
Müller-Butzkamm, Gisa

### **WGW**

Haveloh, Hermann Josef  
Frankemölle, Norbert

### **FDP**

Gottheil, Christiane  
Schultewolter, Marco

### **WLA**

Horst, Reinhard

### **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg  
Leuker, Werner  
Hammwöhner, Thomas

### **stellv. Schriftführer**

Frieler, Marc

### **es fehlen entschuldigt:**

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Löhring, Klaus

Bürgermeisterin Voß begrüßt die Anwesenden.

Des Weiteren teilt sie mit, dass der Tagesordnungspunkt 4.3 des nicht-öffentlichen Teils zurückgezogen werde. Zu diesem Punkt gebe es zunächst noch weiteren Gesprächsbedarf.

## Tagesordnung:

### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.04.2021
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Ablehnung der Mehrklassenbildung an der Irena-Sendler-Gesamtschule durch die Bezirksregierung Münster
- 4 "Gut Wohnen in Ahaus";  
Vortrag zum lokalen Wohnungsmarkt von Matthias Günther vom Pestel-Institut, Hannover
- 5 Neubesetzung im Landwirtschaftsausschuss
- 6 Umbesetzung von Ausschüssen;  
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2021
- 7 Entsendung von Vertretern der Stadt Ahaus zur Wahrung von Mitgliedschaftsrechten nach § 113 GO NRW
- 8 Wahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband Flörbachgebiet im Stadtgebiet Ahaus
- 9 Überörtliche Prüfung der Stadt Ahaus durch die Gemeindeprüfungsanstalt für die Jahre 2014 - 2018 und Stellungnahme der Verwaltung zu den Empfehlungen und Feststellungen
- 10 Ermächtigungsübertragung von 2020 nach 2021 gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW)
- 11 Einrichtung eines Beirates für Seniorinnen und Senioren und für Menschen mit Behinderungen (Senioren- und Behindertenbeirat)
- 12 Nachhaltige Modernisierung von Wirtschaftswegen
- 13 Instandsetzung von Wirtschaftswegen: Festlegung der auszuführenden Instandsetzungsmaßnahmen im Jahr 2021
- 14 Anträge der Fraktionen
- 14.1 Einrichtung einer 30-km/h-Zone in Ahaus;

15 Fragen der Ratsmitglieder

16 Mitteilungen der Verwaltung / Sachstand Fraktionsanträge

---

## A. Öffentliche Sitzung

---

### 1 Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.04.2021

---

Die Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.04.2021 wird ohne Anmerkungen anerkannt.

### 2 Einwohner/innenfragestunde

---

Bürgermeisterin Voß teilt mit, dass Sie vor der Sitzung von Frau Sandra Banken Einwohnerfragen erhalten habe. Sie bittet daher Frau Banken nach vorne, um die Fragen zu stellen.

Frau Banken erläutert, dass Ihre Fragen im Zusammenhang mit der abgelehnten Mehrklassenbildung an der Irena-Sendler-Gesamtschule durch die Bezirksregierung Münster stehen. Zunächst möchte Sie wissen, warum die Verwaltung nicht früher etwas getan habe. Die Problematik mit der Mehrklassenbildung sei seit Jahren bekannt gewesen.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass dies mit den starken Anmeldezahlen in Ahaus zusammenhänge. Den Anträgen sei in der Vergangenheit schon mehrfach entsprochen worden. Es sei schwierig vorzusagen, an welchen Schulen die Eltern sich mit den Kindern anmelden. Die Irena-Sendler-Gesamtschule sei sechs-, die Realschule fünf- und das AHG ebenfalls fünfzünftig. Daneben gebe es in Nachbarkommunen entsprechende weiterführende Schulen. Man sei frühzeitig im Austausch mit der Bezirksregierung gewesen. Bislang habe dies auch immer unproblematisch funktioniert. Im letzten Jahr waren Vertreter der Stadt beim zuständigen Landesministerium um vorsorglich nach Lösungen zu suchen. Mehr sei von der Stadt leider nicht zu machen gewesen.

Frau Banken fragt nach, ob das Kinderwohl denn noch im Vordergrund stehe.

Bürgermeisterin Voß stimmt zu, dass einzelne Familien mit den Umständen sehr zu kämpfen haben. Die Gesamtsituation sei daher sehr schwierig.

Frau Banken gibt zu bedenken, dass Ahauser Schüler, die eine Hauptschulempfehlung haben, die Irena-Sendler-Gesamtschule künftig meiden werden.

Diese Bedenken verneint Bürgermeisterin Voß. Die Irena-Sendler-Gesamtschule könne von Kindern egal welcher Schulempfehlungen besucht werden. Die Schule habe eine gute Quali-

tät, die Entwicklung des Kindes stehe im Vordergrund. Dennoch seien künftig Anpassungen vorzunehmen.

Frau Banken möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, dass die Kinder dann im nächsten Jahr zur Irena-Sendler-Gesamtschule zu wechseln?

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass dies nicht gehen werde, da die Zügigkeit im Vorfeld festgelegt worden sei.

Abschließend fragt Frau Banken nach, ob letztlich die Kinder aufgrund der Fehler von verschiedenen Seiten jetzt büßen müssten?

Bürgermeisterin Voß weist ausdrücklich darauf hin, dass Fehler nicht gemacht worden seien. Die Entscheidung kam auch für die Verwaltung überraschend.

Ferner verweist sie auf den nächsten Tagesordnungspunkt. Zu diesem Punkt stehen die Vertreter der Bezirksregierung für entsprechende Fragen des Rates zur Verfügung.

---

### **3 Ablehnung der Mehrklassenbildung an der Irena-Sendler-Gesamtschule durch die Bezirksregierung Münster** A/2021/0070

---

Bürgermeisterin Voß bedankt sich bei der Bezirksregierung für die Teilnahme an der heutigen Ratssitzung. Sie bittet darum, dass sich Herr von Schwerdtner und Herr Sciballa kurz vorstellen. Des Weiteren begrüßt sie die Schulleiterin der Irena-Sendler-Gesamtschule Frau Brügger.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass sie die Entscheidung überrascht und persönlich getroffen habe. Beigeordneter Leuker wird zunächst den aktuellen Stand vorstellen. Des Weiteren können im Anschluss die beiden Fraktionsanträge zu diesem Punkt kurz erörtert werden. Danach können diskutiert und Fragen gestellt werden.

Beigeordneter Leuker erklärt das Verfahren und erläutert den aktuellen Stand.

Von den angemeldeten Schülerinnen und Schülern kämen 172 aus Ahaus und 25 aus den umliegenden Kommunen. Hiervon allein 19 aus der Gemeinde Legden. Die Anzahl der einpendelnden Schülerinnen und Schülern entspreche nahezu einer ganzen Klasse.

Die Bezirksregierung Münster stütze ihre Ablehnung der Mehrklasse auf den in Satz 2 von § 81 Abs. 4 genannten Versagungsgrund "personelle, räumliche und sächliche Voraussetzungen", wobei sie grundsätzlich bei ihrer Entscheidung einen gewissen Ermessensspielraum habe.

Die Kinder müssten aufgrund dieser Entscheidung nun teilweise sehr lange Busfahrwege in Kauf nehmen, viele Buszeiten passen nicht zu den Schulanfangs- und/oder -endzeiten. Dies habe die Verwaltung in den vergangenen Tagen immer wieder erfahren müssen und werde versuchen, gemeinsam mit Eltern und Schulträgern, praktikable Lösungen zu erarbeiten.

Auch sei eine Abweisungsentscheidung in großen Städten nicht vergleichbar mit der gleichen Entscheidung im ländlichen Raum, da die tatsächlichen Auswirkungen für so junge Menschen hier unvergleichlich stärker und belastender seien.

Die 23 abgewiesenen Kinder würden zudem gerade in einem außerordentlich schwierigen Jahr der Pandemie aus ihrem gewohnten und wichtigen sozialen Umfeld am Wohnort gerissen. Auch hier hätte der zustehende Ermessensspielraum aus seiner Sicht durchaus andere Möglichkeiten bereitgehalten.

In den letzten Tagen habe sich die Verwaltung intensiv um die Eltern der 23 abgewiesenen Schülerinnen und Schüler gekümmert, Kontakte zu allen Kommunen und Schulleitungen, deren Schulen, Schülerinnen und Schüler aufnehmen können, hergestellt und Hilfe und Unterstützung auch bei den entstehenden Schülerfahrkosten angeboten. Das werde fortgesetzt, bis auch der letzte Fall gelöst sei.

Die Eltern würden weiterhin bestmöglich unterstützt. Das halte er für unsere Pflicht und das entspreche auch dem klaren Selbstverständnis der Stadt Ahaus.

Er wünsche sich, dass die Bezirksregierung vor dem Hintergrund dieser Gründe nochmals über eine Anpassung der Entscheidung nachdenke – für die Schule, für die Kinder, für die Eltern und am Ende auch für die Glaubwürdigkeit eines bürgerorientierten Schulrechts.

Bürgermeisterin Voß lässt nun die Anträge der Fraktionen vorstellen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) weist zunächst darauf hin, dass er am vergangenen Montag am 17. Mai einen Antrag auf Einberufung einer Sonderratssitzung gestellt habe. Er sei maßlos enttäuscht und entsetzt gewesen, dass das Thema erst heute angesprochen werden könne.

Auch wenn hier rein rechtlich keine Dringlichkeit vorliege, sei es ein fatales Signal, dass die Besprechung erst später erfolge. Die CDU-Fraktion stelle sich die Frage, ob das Thema hier hinreichend ernst genommen werde. Diese Entscheidung sei der Tiefpunkt, wenn über den Schulstandort Ahaus gesprochen werde. Aber jetzt müsse sich der Rat mit der Sachlage auseinandersetzen.

Im April sei die Bildung von Mehrklassen im Schulausschuss noch optimistisch dargestellt worden. Hier hieß es, dass ein reger Austausch geführt werde.

Daher frage er sich, warum die Entscheidung so überraschend passiert sei und warum es 2 Monate für eine solche Entscheidung gebraucht habe. Auch frage er sich, wie die Eltern 5 Wochen vor Ende des Schuljahres noch einen Platz bekommen sollen.

Dass die Lehrer fehlen sei eine Bankrotterklärung der Bezirksregierung. Dies sei Aufgabe des Landes. Aufgabe der Kommune sei es die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Er vermisse darüber hinaus den persönlichen Einsatz der Bürgermeisterin. Damals seien sogar Bürgermeister persönlich nach Münster gefahren. Wichtig sei ihm, dass den Kindern hier vor Ort geholfen werde.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass der Antrag auf Sondersitzung so eingegangen sei, dass frühestmöglich gestern ordnungsgemäß zu einer Sondersitzung hätte eingeladen werden können. Es habe daher alternativ ein Angebot einer informellen Sitzung für Vorgestern gegeben, leider hatten die Vertreter der Bezirksregierung keine Zeit.

Die hervorgebrachten Differenzen empfinde sie als schade, da Rat und Verwaltung hier schließlich einer Meinung seien und an einem Strang zögen. Der Vorstandsbereich leiste gute Arbeit.

Im letzten Jahr habe es ein Termin im Ministerium gegeben, das Ministerium wollte die Stadt bei diesem Thema unterstützen. Darüber hinaus habe es mehrere Telefonate mit der Bezirksregierung gegeben. Oft sei ihr als parteilose Bürgermeisterin vorgeworfen worden, dass sie keine politischen Beziehungen in die Landes- oder Bundesebene habe. Die Parteien können sich ebenfalls für eine Mehrklassenbildung einsetzen und auch deren politischen Beziehungen spielen lassen. Gemeinsam solle an dem Thema gearbeitet werden.

Fraktionsvorsitzender Kersting (UWG-Fraktion) bittet darum, zur Sachpolitik zurückzukehren. Seine Fraktion habe einen Beschlussvorschlag erarbeitet. Diesen Antrag stellt er kurz vor.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, im Anschluss über den Antrag abzustimmen und zunächst die Diskussion zu eröffnen.

Fraktionsvorsitzender Haveloh fragt in Richtung der Bezirksregierung, wie diese eine solche Entscheidung persönlich empfinden würden.

Herr von Schwerdtner-Markussen erläutert hierzu, dass hier über größere Zusammenhänge gesprochen werde, die daneben auch sehr komplex seien. Daher sei man ständig im Austausch. Auf einzelne Kinder könne keine Rücksicht genommen werden. Die Zahlen und gesetzlichen Regelungen führen dazu, dass die Situation in Ahaus ist wie sie ist.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers bittet darum, die Fragen der CDU-Fraktion zu beantworten.

Herr Sczigalla gebe ihm, was die Dauer des Prozesses betrifft, Recht. Dieser habe wesentlich länger gedauert, als bei anderen Mehrklassenanträgen.

Die Verwaltungsspitze sei sehr bemüht gewesen, daneben sei mit dem Schulministerium gesprochen und der Staatssekretär einbezogen worden.

Es seien daher viele Absprachen zu treffen gewesen.

Bezüglich des Lehrpersonals bestünde das Problem, dass der Markt so gut wie leer gefegt sei. Die Stellen würden von der Bezirksregierung zur Verfügung gestellt, aber personell müssten diese besetzt werden. Die Randlage in Ahaus mache es zudem schwierig, Lehrer zu bekommen. Einen Zwang zum Dienstortwechsel gebe es nicht.

Daneben sei der Punkt zur Berücksichtigung benachbarter Schulen nicht mehr in der Gewichtung, wie in den vergangenen Jahren. Im § 81 IV Schulgesetz NRW heißt es „insbesondere“. Dies bedeute, dass es daneben auch weitere Gründe geben kann, die zur Versagung führen können. Daher könne die Schule aus dem Schulzweckverband Legden-Rosendahl nicht außen vor gelassen werden.

Im letzten Jahr habe es eine rechtliche Änderung in Form des 15. Schulrechtsänderungsgesetzes gegeben. Die Mehrklassenbildung sei durch einen Genehmigungsvorbehalt der Schulaufsicht formalisiert worden. Ende 2015 sei hierzu ein Erlass veröffentlicht worden, der eigentlich dem Flüchtlingszuzug geschuldet war. Dieser Erlass, habe sich aber verselbständigt. Eine Mehrklassenbildung sei ein absoluter Sonderfall.

Durch die rechtliche Änderung seien andere Kriterien, unter denen eine Genehmigung nicht erteilt werden dürfe, in den Fokus gerückt. Der § 84 Abs. 4 Schulgesetz sei daher eingeführt worden. Hiernach sei das Mitspracherecht der Nachbarkommunen zwar eingeschränkt worden, aber dafür seien auch ganz andere Kriterien definiert worden, unter denen eine Genehmigung nicht erteilt werden dürfe. Daher würden die Personal- und die Raumversorgung aktuell herangezogen werden müssen.

Herr von Schwerdtner-Markussen teilt ergänzend mit, dass die Schule bezüglich der Lehrerversorgung aktuell mit 8,5 Stellen im Defizit stehe. Eine Lehrerstellte umfasse dabei 25,5 Unterrichtsstunden pro Woche.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) fragt nach, warum nicht für die Besetzung der Stellen gesorgt werde.

Herr von Schwerdtner-Markussen erklärt, dass dies eine dynamische Entwicklung sei. Der Irena-Sendler-Gesamtschule seien 8 Stellen zur Ausschreibung zugesagt worden. Aber in dieser Region sei es schwierig, diese Stellen tatsächlich zu besetzen. Die personelle Situation sei ein Grund für die Versagung.

Auch die Raumsituation sei zu beachten. Aktuell gebe es 3 Jahrgänge mit den 7 Klassen.

Die 10. habe auch 7 Klassen. Wenn jetzt 7 gingen und 7 kämen, könnte man sich fragen wo das Problem sei. Die Irena-Sendler-Gesamtschule sei allerdings noch im Aufbau. Die Sekundarstufe I sei zwar vollständig, in der Oberstufe seien aber noch nicht alle Klassen besetzt. Im kommenden Schuljahr würden 65 Schüler in den neuen 11. Jahrgang gehen. Diese würden in den Überlegungen fehlen. Dann gebe es hier ein Problem mit der räumlichen Verfügbarkeit. Eine gut funktionierende Schule dürfe nicht kaputt expandiert werden.

Falls es nur um Räume gehen würde, teilt Bürgermeisterin Voß mit, so werde sich bestimmt eine Lösung finden lassen. Daneben interessiere sie sich für die Einschätzung von Schulleiterin Brügger zur Personalsituation.

Schulleiterin Brügger bestätigt die Ausführung der Bezirksregierung. Die Schule sei momentan 8,5 Stellen im Minus, bei 8 ausgeschriebenen Stellen. Die Situation sei schwierig einzuschätzen. Fertig ausgebildete Lehrkräfte blieben gerne in den Ballungszentren. Dies sei eine Herausforderung.

Ratsherr Ruddde (CDU-Fraktion) gibt zu bedenken, dass das letzte Schuljahr alles andere als normal gewesen sei. Er habe ein paar Schlagzeilen aus den Zeitungen herausgesucht. Alle relevanten Stellen sollten hiernach pragmatische Lösungen erarbeiten und keine zusätzlichen Lasten für die Schüler schaffen.

Die mögliche Problematik mit den Räumlichkeiten könne gelöst werden, beispielsweise durch Container. Er könne dieses Raumargument daher nicht gelten lassen.

Darüber hinaus habe er noch zwei Fragen. Zum einen möchte er wissen, ob in Betracht gezogen worden sei vorher mit der Verwaltung/dem Rat zu sprechen.

Des Weiteren möchte er wissen, ob in der Planung davon ausgegangen werde, dass die Stellen nicht besetzt würden.

Herr Sczigalla teilt mit, dass für die Bildung von Klassen- und Mehrklassenbildung keine Ausnahmen gemacht worden seien. Demnach möchte die Landesregierung keine Ausnahmen sehen.

Selbst der Staatssekretär habe dem zugestimmt. Auch hier habe es keine andere Entscheidung gegeben. Die Problematik gebe es nicht nur in Ahaus, sondern auch in anderen Kommunen.

Die räumliche Situation sei gegenüber der Verwaltung ausdrücklich genannt worden. Herr von Schwerdtner-Markussen habe im Kontakt mit der Schulleitung gestanden.

Herr von Schwerdtner-Markussen ergänzt, dass er sich mit dem Beigeordneten Leuker seit März in intensiven Gesprächen zu diesem Thema befunden habe. Hier seien Räumlichkeiten auch ein Thema gewesen. Jedes Jahr komme man an den Punkt, dass die Schule einen Anmeldeüberhang habe. Die räumliche Situation sei ein Punkt. Grundlage der Entscheidung sei, dass die Schule 6-zügig ausgestaltet sei.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Raumproblematik nicht hätte bekannt sein müssen. Die Anmeldezahlen seien doch schließlich ebenso bekannt.

Beigeordneter Leuker wirft ein, dass mit ihm nie über ein Defizit an Räumen gesprochen worden sei.

Herr Sczigalla gibt zu bedenken, dass dies ein Thema der Schulentwicklungsplanung sei und der Schulträger dies zu beachten habe.

In der Schullandschaft in Ahaus habe es ein Wechselspiel zwischen Realschule und Gesamtschule gegeben. Ein Trend sei aber nicht ersichtlich.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) teilt mit, dass die Räume zur Verfügung gestellt werden können. Ihn interessiere des Weiteren noch die Einschätzung zum Erfolg des Besetzungsverfahrens.

Schulleiterin Brügger erklärt, dass es schwierig sei den Markt und die Fächerkombination zu beurteilen.

Herr von Schwerdtner-Markussen erläutert, dass die Personalsituation vom Ministerium als ein hartes Kriterium angeführt und von dort auch nachgefragt worden sei.

8 Stellen seien zugesagt worden, aber ob diese besetzt würden, sei nicht klar. Die Alternativen seien reine Improvisation.

Ratsfrau R. Schulte (UWG-Fraktion) bezieht sich auf einen Gesprächsvermerk mit dem Staatssekretär Richter. Hiernach halte Staatssekretär Richter die Schwierigkeiten für nachvollziehbar und bedenkenswert. Er wolle der Bezirksregierung daher für 21/22 eine schulaufsichtliche Bildung von Mehrklassen empfehlen.

Sie möchte wissen, ob Staatssekretär Richter der Bezirksregierung diese Empfehlung zukommen lassen habe.



Herr Sczigalla antwortet, dass das Ministerium keine Empfehlung ausgesprochen habe. Bezogen auf die Vergleichbarkeit zwischen Gesamt- und Sekundarschule sei dies so nicht festgehalten worden. Er war persönlich an dem Gespräch nicht beteiligt. Der Mitarbeiter des Ministeriums habe an dem Gespräch teilgenommen, dieser habe es aber so nicht bestätigt. Es gebe keine Weisung und auch keine Empfehlung.

Ratsherr Messelink (UWG-Fraktion) fragt nach, ob die wohnortsnahe Beschulung eine Rolle bei der Entscheidung spiele.

Herr Sczigalla erklärt, dass in der Primarstufe großer Wert auf eine wohnortsnahe Beschulung gelegt werde, in der Sekundarstufe 1 mute man den Schülern dagegen schon mehr zu. Der Elternwunsch sei nur im Rahmen der Aufnahmekapazitäten festgelegt.

Bürgermeisterin Voß fragt nach, was man im Vorfeld hätte anders machen können.

Herr Sczigalla erläutert, dass ein Punkt die Schulentwicklungsplanung sei. Diese sei unter Einbeziehung der nachbarschaftlichen Schulträger vorangetrieben und im letzten Jahr vorgestellt worden. Hieraus habe sich abgezeichnet, dass es bei einer 6-Zügigkeit verbleibe. Das andere sei, dass man auch die Schülerzahlen in der Primarstufe im Blick haben müsse. Wenn man sich die Schulstatistik anschau, insbesondere wie viele Schüler man in den Jahrgangsstufe 1-4 habe, könne man sehen, welche Übergänge hier in den nächsten Jahren anstünden. Bei ähnlichen Zahlen wie in den Vorjahren hätte man sehen können, dass etwas an der Zügigkeit geändert werde müsse.

Beigeordneter Leuker bestätigt, dass die Zahlen bekannt seien. Bis zur gesetzlichen Neuordnung im letzten Jahr sei die Stadt Ahaus wir immer dazu angehalten worden, rücksichtsvoll mit den Schulträgern der Nachbarkommunen umzugehen. Dies sei bisher auch immer so praktiziert worden. Es sei kommuniziert worden, dass man dabei sei, die Schulentwicklungsplanung neu aufzustellen. Es sei daher wünschenswert gewesen, dass dieses Signal im Rahmen des Ermessens bezüglich der Genehmigung der Mehrklassenbildung berücksichtigt worden wäre.

Ratsherr Kaiser (CDU-Fraktion) sei ein Freund von Lösungen. Er frage sich, ob nicht ein Ermessen in der Entscheidung bestünde, gerade wenn man sich in die Kinder und Eltern versetze. Zur Besetzung der Lehrerstellen merkt er an, dass es doch bestimmte Möglichkeiten gebe, die Stellen zu besetzen. Beispielsweise könne man solche Stellen doch befristet mit Bachelorabsolventen besetzen.

Herr von Schwerdtner-Markussen erklärt, dass das große Problem bei der Stellenbesetzung die geografische Lage sei. Er mache immer wieder die Erfahrung, dass die neuen Schulen wachsen und neue Lehrer brauchen. Die Stellen würden dann mit Lehrern besetzt werden, die in Münster, Düsseldorf etc. wohnen, aber auch nicht von dort umziehen wollen. Nach der Elternzeit hätten diese dann das Recht wohnortnah untergebracht zu werden. Die Schulen hier haben dann das Problem, dass die Lehrer nach der Elternzeit nicht wieder kämen.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass der Anspruch des Rates immer gewesen sei, jedem Ahauser Schüler und jeder Ahauser Schülerin ein Platzangebot machen zu können. Schon bei der Gründung habe man auf die Schulentwicklungsplanung geschaut und die 6 Züge reichten aus. Wenn jetzt der Antrag auf 7 Züge käme, würde dem zugestimmt werden, so habe er es herausgehört.

Des Weiteren möchte er wissen, ob der Stadt Ahaus nicht signalisiert worden sei, dass auf die Nachfrage beim Staatssekretär Richter keine Rückmeldung gekommen sei.

Herr Sczigalla erläutert, dass nach § 80 II SchulG die benachbarten Schulträger zu beteiligen seien. Zur Errichtung der Schule sei im Prüfverfahren vom Schulzweckverband Legden-Rosendahl eingeflossen, dass bei der Zustimmung davon ausgegangen werde, dass diese auf maximal 6 Züge gedeckelt sei. Eine Anpassung der Zügigkeit sei daher nicht so einfach.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, wann kommuniziert worden sei, dass es keine Weisung durch den Staatssekretär Richter gegeben habe.

Herr Sczigalla teilt mit, dass das Büro des Staatssekretärs ihn informiert habe, dass es keine Weisung gebe. Die Bürgermeisterin habe mit der Regierungspräsidentin gesprochen.

Bürgermeistern Voß ergänzt, dass die Gespräche mit der Regierungspräsidentin erst nach der Entscheidung stattgefunden hätten.

Ratsfrau Hejnk (UWG-Fraktion) fragt nach, ob die Entscheidung fix sei.

Herr Sczigalla erklärt, dass dies keine leichtfertige Entscheidung sei. Diese habe lange gedauert und ist so gefallen wie sie ist. Die Entscheidung sei fix.

Ratsherr Wittenbrink (CDU-Fraktion) fasst nochmal zusammen, dass der Hauptgrund die Personalsituation sei. Er fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die umliegenden Schulen eine ausgeglichene Personalsituation hätten.

Herr von Schwerdtner-Markussen könne pauschal sagen, dass die Ausstattung auch nicht optimal sei. Allerdings seien in Gronau-Epe noch Plätze frei. Dort könnten noch Kinder hin.

Ratsherr Wittenbrink (CDU-Fraktion) schlägt vor, bezüglich eines Lehreraustausches mit anderen Schulen zu sprechen.

Herr von Schwerdtner-Markussen erläutert, dass es im Einzelfall Möglichkeiten gebe. Beispielsweise bei Gymnasiallehrern. Im großen Flächenbereich sei es nicht möglich. Auch sei es personalrechtlich problematisch.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) möchte gerne wissen, wie die Bezirksregierung im kommenden Jahr entscheide, wenn jetzt schon feststehe, dass in Ahaus die Anmeldezahlen für eine 7-zügige Schule vollkommen ausreichend wären. Des Weiteren habe er mitgenommen, dass die Begründungen an den Haaren herbeigezogen seien. Es werde ausschließlich nur nach den Paragrafen entschieden. Es komme ihm so vor, als dass die Bezirksregierung in diesem Jahr hier einfach einen Punkt setzen wolle. 9 Wochen, um einen ablehnenden Bescheid zu erlassen, sei viel zu lange. Es sei unredlich diese Entscheidung erst zu treffen, nachdem die Anmeldeverfahren gelaufen seien. Es sei nicht zumutbar Kinder aus der Umgebung herauszureißen. Bei Beantragung der Gesamtschule lagen die Zahlen noch nicht in der Höhe vor. Die Kinder in Ahaus seien hier bei der Festlegung der Zügigkeit zu Grunde gelegt worden. Beim Anmeldeverfahren werden aber auch die Kinder außerhalb von Ahaus mit einbezogen. Dies sei widersprüchlich.

Ratsfrau Wantia (CDU-Fraktion) fragt nach, was in Ahaus getan werden könne und ob es eine Lösung für dieses Dilemma gebe.

Herr Sczigalla erklärt, dass der Dreh- und Angelpunkt die Personalsituation sei. Aktuell habe man hier keine positiven Einflussmöglichkeiten. Bei den Schulen benachbarter Schulträger könne man anfragen, hier habe sich die Verwaltung bereits auf den Weg gemacht.

Ratsherr Horst fragt nach, ob es möglich sei die 23 Schülerinnen und Schüler auf die 6 Klassen zu verteilen. Hierdurch würden keine weiteren Lehrkräfte und keine Räume benötigt

Herr von Schwerdtner-Markussen teilt mit, dass dies nicht möglich sei. Es gebe einen Bandbreitenerlass von 27-29 Kinder pro Klasse.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) teilt mit, dass die Entscheidung auch in der Debatte immer weniger nachvollziehbar sei. Das Raum- und Lehrerproblem sei sehr vage und könne gelöst werden.

Gerichtlich sollte man sich mit der Entscheidung beschäftigen. Bei einer so dünnen Argumentationslage, hätte hier mit der Politik vorab gesprochen werden sollen.

Eine Frage in diesem Zusammenhang habe er noch. Die 23 Kinder benötigen einen Platz im Umkreis. An sich gebe es ja die Regelung mit der freien Schulwahl. Allerdings sei es nun problematisch für diese Eltern, diese frei zu wählen?

Herr Sczigalla berichtet, dass die freie Schulwahl ihre Grenzen in den festgestellten Schulgrößen finde. Dahingehend könne man diese Freiheit ausleben. Es werde allerdings nicht nur auf Gesamtschulen abgestellt, was die Nachbarschulen betrifft. Wenn an anderen Gesamtschulen keine Plätze mehr frei seien, müssten die Eltern eine andere Schulform wählen.

Ratsherr Blisniewski (CDU-Fraktion) kommt auf die großen Entfernungen zu sprechen. Der ÖPNV sei nicht gut ausgebaut. Kinder seien lange unterwegs.

Herr Sczigalla teilt mit, dass der Schulweg bei der Entscheidung nicht berücksichtigt werde. Nach der Schülerfahrtkostenverordnung ist ein längerer Hin- und Rückweg zumutbar. Notfalls müssten die Eltern die Schüler bringen.

Ratsherr Kappelhoff (CDU-Fraktion) möchte mehr über die juristischen Möglichkeiten wissen.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass dies ein Thema für den nicht-öffentlichen Teil sei.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) fragt sich, ob ein vorgezogenes Schulanmeldeverfahren beantragt worden sei und ob dieses vorab hätte stattfinden können.

Herr Sczigalla verneint dies. Zeitlich käme es auf das Gleiche hinaus.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) fragt sich im Zusammenhang mit einer Attraktivitätssteigerung der Schulen, wer hier was tun könne. Des Weiteren fragt er nach Kooperationsmöglichkeiten in der Oberstufe.

Schulleiterin Brügger bestätigt, dass im politischen Kontext bereits viel Geld in die Hand genommen worden sei. Da konnte die Stadt schon was für die Attraktivitätssteigerung tun. Letztlich müssten die Gebäude gut gestaltet sein.

Herr von Schwerdtner-Markussen teilt mit, dass Gesamtschulen und Gymnasien im Bereich der Oberstufe durchaus kooperieren. Voraussetzung sei, dass die Lehrer an der Stammschule blieben. Ein bspw. gemeinsamer Leistungskurs mit 20 Schülern könne angeboten werden. Dies werde in verschiedenen Städten so gemacht.

In Ahaus müssten zunächst die Stellen an der Schule vorhanden sein. Wenn die Stellen dann besetzt seien, könne überlegt werden, mit anderen Schulen zusammen in Fächern die Kursangebote zu erweitern. Jede Schule müsse allerdings das Pflichtangebot anbieten.

Zum Abschluss der Diskussion kommt Bürgermeisterin Voß auf den Antrag der UWG-Fraktion zu sprechen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Räckers (CDU-Fraktion) möchte den letzten Punkt etwas allgemeiner gefasst haben. Die Verwaltung der Stadt Ahaus wird in Abstimmung mit dem Schulausschuss beauftragt, mit der Bezirksregierung alle weiteren Möglichkeiten ab dem Schuljahr 2022/2023 zu erörtern. Insbesondere betrifft dies die Beantragung der 7-

Zügigkeit der Irena-Sendler-Gesamtschule. Die anderen beiden Punkte unterstütze er mit Nachdruck.

Fraktionsvorsitzender Kersting (UWG-Fraktion) stimmt der Anpassung zu.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt:

1. Die Bezirksregierung Münster wird aufgefordert, dem Elternwillen in der Schulwahl zu entsprechen und die Zustimmung zur Bildung einer 7. Eingangsklasse an der Irena-Sendler-Schule für das Schuljahr 2021-2022 zu erteilen. Der vorliegende Beschluss zur Nichtgenehmigung soll zurückgenommen und das Ergebnis der durchgeführten Losverfahrens für ungültig erklärt werden.
2. Die Verwaltung der Stadt Ahaus wird beauftragt, die Entscheidung der Bezirksregierung Münster zu beklagen.
3. Die Verwaltung der Stadt Ahaus wird in Abstimmung mit dem Schulausschuss beauftragt, mit der Bezirksregierung alle weiteren Möglichkeiten ab dem Schuljahr 2022/2023 zu erörtern. Insbesondere betrifft dies die Beantragung der 7-Zügigkeit der Irena-Sendler-Gesamtschule.

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 4 schlägt Bürgermeisterin Voß aufgrund der weit fortgeschrittenen Sitzungszeit vor, dass im öffentlichen Teil nur noch der Tagesordnungspunkt 7 besprochen werde. Tagesordnungspunkte mit zeitlicher Komponente sollen mit Kompetenzübertragung an den Hauptausschuss verwiesen werden. Die restlichen Tagesordnungspunkte sollen auf die nächste Ratssitzung verschoben werden.

Über diesen Vorschlag lässt sie abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

#### **4 Entsendung von Vertretern der Stadt Ahaus zur Wahrung von Mitgliedschaftsrechten nach § 113 GO NRW V/2021/0160**

---

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag geeinigt hätten.

Nacheinander nennen die Fraktionsvorsitzenden die zu entsendenden Mitglieder wie folgt:

##### **1. Lokal.NET GmbH**

###### **• Aufsichtsrat**

Mitglied

pers. Vertreter/in

1. Bürgermeisterin Karola Voß

Erster Beigeordneter Althoff

2. Klaus Löhring (Grüne)

Marco Schultewolter (FDP)

- |                                      |                                |
|--------------------------------------|--------------------------------|
| 3. <u>Andreas Lösing (parteilos)</u> | <u>Bernhard Hackfort (CDU)</u> |
| 4. <u>Thomas Vorkamp (CUD)</u>       | <u>Beatrix Wantia (CDU)</u>    |
| 5. <u>Hubert Kersting (UWG)</u>      | <u>Peter Mensing (UWG)</u>     |
| 6. <u>Andreas Dönnebrink (SPD)</u>   | <u>Josef Terhalle (CUD)</u>    |

- **Gesellschafterversammlung**

Mitglied

1. Bürgermeisterin Karola Voß
2. Frank Lefering (CUD)
3. Klaus Lambers (SPD)

## 2. Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH

- **Gesellschafterversammlung**

Mitglied (*bereits gewählt*)

1. Bürgermeisterin Karola Voß
2. Bernd Holters (CDU)
3. Dietmar Eisele (Grüne)

pers. Vertreter/in

- Beigeordneter Werner Leuker
- Manfred Verweyen (CUD)
- Marco Schultewolter (FDP)

Der Rat bestellt für die Dauer seiner Wahlzeit folgende Vertreter/Mitglieder in nachstehende Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen gem. § 113 GO NRW und andere Gremien:

### 1. Lokal.NET GmbH

- **Aufsichtsrat**

Mitglied

1. Bürgermeisterin Karola Voß
2. Klaus Löhring
3. Andreas Lösing
4. Thomas Vorkamp
5. Hubert Kersting
6. Andreas Dönnebrink

pers. Vertreter/in

- Erster Beigeordneter Althoff
- Marco Schultewolter
- Bernhard Hackfort
- Beatrix Wantia
- Peter Mensing
- Josef Terhalle

- **Gesellschafterversammlung**

Mitglied

1. Bürgermeisterin Karola Voß
2. Frank Lefering
3. Klaus Lambers

## 2. Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH

- **Gesellschafterversammlung**

Mitglied (bereits gewählt)

pers. Vertreter/in

1. Bürgermeisterin Karola Voß

Beigeordneter Werner Leuker

2. Bernd Holters (CDU)

Manfred Verweyen

3. Dietmar Eisele (Grüne)

Marco Schultewolter

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

gez. Karola Voß  
Vorsitzende

gez. Marc Frieler  
Stellv. Schriftführer